

Terroristische Pflanzen

In der Nacht vom 24. zum 25. Oktober zerstörten israelische Panzer mehrere Versuchs-Gewächshäuser sowie das Bewässerungssystem der landwirtschaftlichen Fakultät der Al-Azhar Universität nahe Bet Hanoun im nördlichen Gazastreifen. Das meldete das Luxemburger Kooperationsministerium. Die Einrichtungen waren seit 1996 mit etwa vier Millionen Euro durch die Luxemburger Entwicklungshilfe bezuschusst. Die Gegend gilt als eine der wenigen fruchtbaren Zonen im Gazastreifen, die nicht unter der Kontrolle israelischer Siedler stehen. Das von Luxemburg unterstützte Projekt hatte zum Ziel, höhere landwirtschaftliche Erträge zu ermöglichen. Wegen der prekären Sicherheitslage war es dem Kooperationsministerium bislang nicht möglich, sich vor Ort ein genaues Bild der Zerstörungen zu machen. Auch blieb eine von Minister Jean-Louis Schiltz an die israelische Botschaft gerichtete Anfrage zur Klärung der Umstände bislang unbeantwortet. Bet Hanoun war bereits mehrfach das Ziel militärischer Aktionen der Israelis. Dabei wurden auch immer wieder Anpflanzungen zerstört, mit dem Hinweis, dass die Anlagen terroristischen Angreifern Schutz bieten würden. Die Palästinenser sehen in diesen Aktionen den Versuch die wirtschaftliche Grundlage der Region zu zerstören, bevor es zu einem Rückzug der israelischen Siedler kommt.

Barroso auf Minimalkurs

José Barroso setzt weiterhin auf Risiko: Der designierte EU-Kommissionspräsident will sein Team möglicherweise durch einen Wechsel von nur drei Posten "erneuern". Nach dem Rücktritt des umstrittenen Italieners Rocco Buttiglione als Justizkommissar sendet Silvio Berlusconi nun seinen derzeitigen Außenminister Franco Frattini nach Brüssel. Lettland zog die umstrittene Anwärtlerin Ingrida Udre zurück und ernannte Andris Piebalgs, der nun das Energieressort übernehmen soll. Für dieses Amt war ursprünglich der Ungar Laszlo Kovacs vorgesehen, das Parlament hatte ihn jedoch als inkompetent bezeichnet. Nun soll Kovacs das Ressort Steuern und Zölle übernehmen. Ob er sich in diesem Gebiet besser auskennt, dürfen die EU-Abgeordneten möglicherweise schon nächste Woche überprüfen, wenn die neue Runde der Anhörungen der KandidatInnen vor dem Parlament eingeläutet wird. Dann wird sich auch herausstellen, ob das Parlament sich nun doch mit den bislang umstrittenen Kandidatinnen Neely Kroes und Mariann Fischer Boel anfreunden kann. Beiden wurden nach den letzten Anhörungen Interessenskonflikte vorgehalten. Schon Mitte November könnte das Parlament erneut über dieses nicht wirklich neue Barroso-Team abstimmen.

Lissabon: Nicht ohne meine Umwelt

Besorgt über die Wiederbelebung der Lissabon-Strategie zeigt sich die Natura in einem Pressecommuniqué. "Frenetischer, rücksichtsloser Wettbewerb, ohne Rücksicht auf die Umwelt? Dies erinnert uns an eine unheilvolle Periode der europäischen Landwirtschaft", mahnt die Umweltorganisation. Seinerzeit habe der Mansholt-Plan alle Hebel auf Produktion gestellt und Quantität über Qualität gesetzt - mit fatalen Folgen. Eine Lissabon-Strategie ohne Berücksichtigung der Umwelt lehnt die Natura ab.

Umweltschutz sei auch eine wirtschaftliche Chance, heißt es weiterhin in dem Communiqué: "Windenergie- und Kogenerationsanlagen haben sich definitiv und vollständig durchgesetzt, die Autoindustrie mit Einliterwagen, Partikelfilter, Brennstoffzellen- und Hybridautos experimentiert nach allen Richtungen, sogar Erdölgesellschaften investieren in Solarenergieforschung". Die Natura greift die Forderung des Europäischen Umweltbüros EEB auf, finanzielle Unterstützungen zu erhöhen und Ökosteuern einzuführen. Angesichts der weltweiten Entwicklungen sei Verzicht auf einen großen Teil unseres Überflusses angesagt. Die Natura plant, während der Luxemburger Présidence, zusammen mit dem EEB, eine größere Veranstaltung zum Thema Ökologisierung der Wirtschaft.

Mehr Schein
als Sein?
Mit gefälschten
Zahlen
poliert Chinas
kommunistische
Führung die
Wirtschaftsbilanz,
meint Guowei Jian
von der
Demokratischen
Partei in Hongkong.

(Foto: privat)

ASIEN

"Chinas Wirtschaft ist nicht transparent"

Um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Luxemburg und China zu vertiefen, fliegen Staatsminister Jean-Claude Juncker, Wirtschaftsminister Jeannot Krecké und eine Wirtschaftsdelegation diese Woche nach Peking. Die woxx sprach mit einem chinesischen Oppositionellen Guowei Jian über Wirtschaftsboom und Menschenrechte in China.

woxx: Herr Jian, wird das 21. Jahrhundert ein chinesisches Jahrhundert?

Guowei Jian: China ist im Begriff mit seinen kolonialen und nachkolonialen Phasen abzuschließen und damit die Position zurückzugewinnen, die es vor dem 19. Jahrhundert schon einmal hatte. Man darf nicht vergessen, China hat eine zweitausend Jahre alte Hochkultur und war jahrhundertlang Handelsführer in Asien. Zwischen 1600 und 1800 war seine Manufakturwirtschaft die stärkste der Welt, das Pro-Kopf-Einkommen höher als in vielen Teilen Europas.

... und war hundert Jahre später das Land mit den meisten armen Menschen der Welt.

Der tiefe Bruch erfolgte mit der industriellen Revolution in China und der kolonialen Expansion. Die globale Herrschaft der Europäer bewirkte tatsächlich den Niedergang der Wirtschaft Chinas und das Ende ihrer handwerklichen Manufakturen. Die Kolonialmächte sorgten für ungleiche Handels- und Tauschbeziehungen und zwangen China, ihre Grenzen einseitig und ohne Gegenleistung für die europäischen Produkte zu öffnen. Das war der Grund für den raschen Niedergang. Nun holt sich China vieles wieder zurück. Der wirtschaftliche Aufstieg, den das Land in den letz-

ten 20 Jahren geschafft hat, ist daher auch ein Produkt seiner langen Geschichte.

Verbunden mit großer sozialer Ungleichheit. In China profitieren nicht alle vom Boom.

Das stimmt. China hat zwar auch in diesem Jahr fast zehn Prozent Wirtschaftswachstum. Aber es darf auch nicht vergessen werden, dass in China in den letzten Jahren mehr Arbeitsplätze als in jedem anderen Land abgebaut wurden. Mehr als 15 Millionen Menschen haben in den vergangenen zehn Jahren ihren Job verloren. Diese Größenordnung ist für Europäer nicht vorstellbar. Im Nordosten Chinas gibt es Industrieregionen, die noch aus der Mao-Ära stammen - in einem Jahr wurden mehr als 700.000 Menschen auf die Straße gesetzt. Das birgt sozialen Sprengstoff, der jederzeit in die Luft gehen könnte.

Wie an diesen Tagen in Form von Spannungen zwischen Chinesen und ethnischen Minderheiten. Entlädt sich der Sozialprotest nicht auf die Falschen?

Ganz sicher, aber nicht nur. In einem Land wie China, in dem es nach wie vor keine Pressefreiheit gibt, erfährt die Welt nur wenig über die tatsächlichen sozialen Spannungen im Land. Es existieren Schätzungen, dass es



jährlich mehrere Hundert Aufstände im Land gibt, häufig mit vielen Toten und Verhafteten. Zu den Aufständen zählen auch zahlreiche soziale Proteste. Doch Genaues erfährt niemand, der diese Aufstände nicht selbst erlebt.

Warum berichtet niemand darüber, nicht mal westliche Journalisten, die sich längst im ganzen Land frei bewegen dürfen?

Zum einen gibt es noch immer Reisebeschränkungen für westliche Journalisten. Zum anderen interessieren sich viele Journalisten aus dem Westen nicht wirklich für die sozialen Missstände. Alle starren auf die boomenden Städte Schanghai, Schenzen und Chongqing und deren glitzernde Wolkenkratzer.

Diese Städte haben in der Tat eine beeindruckende Entwicklung hinter sich.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. China erlebt unbestreitbar einen unglaublichen Wirtschaftsboom. Doch ich glaube nicht, dass das Wachstum tatsächlich so beständig hoch ist, wie überall beschrieben wird. In China werden die Wachstumsziele nämlich von der Zentralregierung in Peking vorgegeben. Für die Provinzregierungen gerade in Zentralchina bedeutet das einen enormen politischen Druck.

Worin äußert sich dieser?
Sie sehen sich gezwungen, die Daten zu schönen. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass China von 1997 bis 2002 die Wachstumsrate nach oben korrigiert hat, um ausländische Investoren anzulocken. Seit 2003 werden die Daten heruntergerechnet, um zu signalisieren, dass man die Wirtschaft im Griff hat. Problematisch sind auch die Angaben der Banken, die ja noch immer in zentralstaatlicher Hand sind. Faule Kredite machen rund ein Fünftel des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus. Die chinesische Wirtschaft ist noch immer nicht transparent.

Und trotzdem nehmen das Geschäftsleute aus aller Welt, auch aus Luxemburg, zum Anlass, in China viel Geld zu investieren.

China hat alle schlechten Angewohnheiten des Kapitalismus übernommen. Aber selbst dabei wird geschummelt. Zum Beispiel haben alle großen Staatsunternehmen einen Firmensitz in Steuerparadiesen in der Karibik und investieren von dort aus nach China. Diese Gelder werden als Auslandsinvestitionen in den Statistiken verbucht, obwohl es chinesische Firmen sind.

Sozialistische Staatsbetriebe, die auf den Kayman-Inseln ihren Sitz haben - noch immer hält in Peking die Kommunistische Partei die Macht in der Hand. Ist das kein Widerspruch?

Nicht wirklich. Offiziell ist man ja noch immer auf dem Weg zum Kommunismus. Reichtum für alle, heißt die momentane Phase. Natürlich macht sich die Parteiführung etwas vor und nicht mal die orthodoxen Kader glauben ihren eigenen Phrasen. Dennoch ist das in China kein Widerspruch. Aus chinesischer Lesart ist die Kommunistische Partei beständiger als so manch ein Europäer denken mag. Seit dem Ende der Mao-Ära gab es für das Regime wirklich nur eine Krise. Und das war 1989, als wir Studenten auf dem Tiananmenplatz demonstrierten. Die Führung konnte nur mit Hilfe der Armee ihr politisches Überleben sichern.

Was ist vom demokratischen Geist der damaligen Studentenbewegung übrig geblieben?

Zunächst einmal nicht viel. Viele meiner damaligen Mitstreiter mussten das Land verlassen, einige haben Selbstmord begangen, es gibt untereinander kaum mehr Kontakt. Einige sind nach Jahren wieder zurück gegangen und profitieren vom Wirtschaftsaufschwung. Und trotzdem war nicht alles umsonst. In den Dörfern und Stadtregierungen gibt es durchaus so etwas wie eine Demokratisierung. Viele Menschen, die heute die wohlhabende Mittelschicht bilden, fühlen sich nicht nur freier, sondern fordern auch immer mehr Freiheiten ein. Natürlich ist es lange nicht das, was wir uns damals vorstellten. Aber in China ist eben nicht alles planbar. Dass das genauso für die Regierung gilt, macht uns Hoffnung.

Interview: Felix Lee

Zur Person:

Guowei Jian (44) war Student an der Peking Universität und beteiligte sich 1989 an den Protesten auf dem Tiananmen-Platz. Die Proteste wurden blutig niedergeschlagen. Mit anderen Kommilitonen floh er in die USA. Heute lebt Jian in Hongkong und ist Mitglied der oppositionellen Demokratischen Partei, die nur in der ehemaligen Kronkolonie erlaubt ist.